

INHALT

Bekanntmachungen des Landratsamtes

Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Allgemeinverfügung zur Verlängerung der Allgemeinverfügung des Landratsamtes Fürstfeldbruck zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grund anhaltend hoher Infektionszahlen vom 08.03.2021

Seite
116

Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Allgemeinverfügung zur Verlängerung der Allgemeinverfügung des Landratsamtes Fürstfeldbruck zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grund anhaltend hoher Infektionszahlen (Weitergehende Maskenpflicht im Landkreis Fürstfeldbruck) vom 08.03.2021

118

Bekanntmachungen des Landratsamtes

Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Allgemeinverfügung zur Verlängerung der Allgemeinverfügung des Landratsamtes Fürstenfeldbruck zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grund anhaltend hoher Infektionszahlen vom 08.03.2021

Das Landratsamt Fürstenfeldbruck erlässt gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG) in Verbindung mit § 28 Abs. 1 der Zwölften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (12. BayIfSMV) vom 05.03.2021, zuletzt geändert am 25.03.2021, Art. 35 Satz 2 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) und § 65 Satz 1 der Zuständigkeitsverordnung (ZustV) folgende

Allgemeinverfügung:

1. In Ziffer 3 der Allgemeinverfügung zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grund anhaltend hoher Infektionszahlen vom 08.03.2021, wird die Angabe „29.03.2021“ durch die Angabe „19.04.2021“ ersetzt.
2. Diese Allgemeinverfügung tritt mit Wirkung ab dem 30.03.2021 in Kraft.

Gründe:

Seit Erlass der Allgemeinverfügung zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grund anhaltend hoher Infektionszahlen vom 08.03.2021, hat sich das Infektionsgeschehen im Landkreis Fürstenfeldbruck wieder verschlechtert und die Sieben-Tages-Inzidenz hat den Signalwert von 100 pro 100 000 Einwohnern wieder überschritten. Mit Stand 29.03.2021 beträgt die vom Robert-Koch-Institut (RKI) veröffentlichte Sieben-Tages-Inzidenz für Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Fürstenfeldbruck 108,1. Aktuell beträgt die Sieben-Tages-Inzidenz nach Berechnung des örtlichen Gesundheitsamts 101,36 (Stand: 28.03.2021, 14:00 Uhr). Das Infektionsgeschehen ist weiterhin nicht lokal eingrenzbare, sondern es handelt sich um ein über den gesamten Landkreis verteiltes, unspezifisches Ausbruchsgeschehen. Ebenso schreitet die Ausbreitung der Virusmutationen in Bayern immer schneller voran. Die durch Allgemeinverfügung vom 08.03.2021 getroffenen Maßnahmen sind deshalb weiterhin geeignet, erforderlich und angemessen und sind bis 19.04.2021 zu verlängern.

Im Übrigen wird auf die Begründung zur Allgemeinverfügung vom 08.03.2021 verwiesen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann **innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage** beim

Bayerischen Verwaltungsgericht München
Postfachanschrift: Postfach 200 543, 80005 München
Hausanschrift: Bayerstr. 30, 80335 München

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene

Bekanntmachungen des Landratsamtes

Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren in dem hier betroffenen Rechtsbereich abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.
- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen. Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).
- Kraft Bundesrechts ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten. Rechtsbehelfe gegen diese Allgemeinverfügung haben wegen der kraft Gesetz festgelegten sofortigen Vollziehung keine aufschiebende Wirkung. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung kann beim Bayer. Verwaltungsgericht München, Bayerstr. 30, 80335 München (schriftlich: Postfach 200 543, 80005 München) beantragt werden.

Fürstenfeldbruck, 29.03.2021

Reigl
Verwaltungsdirektorin

Bekanntmachungen des Landratsamtes

Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG); Allgemeinverfügung zur Verlängerung der Allgemeinverfügung des Landratsamtes Fürstenfeldbruck zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grund anhaltend hoher Infektionszahlen (Weitergehende Maskenpflicht im Landkreis Fürstenfeldbruck) vom 08.03.2021

Das Landratsamt Fürstenfeldbruck erlässt gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG) in Verbindung mit § 24 Abs. 1 Nr. 1 der Zwölften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (12. BayIfSMV) vom 05.03.2021, zuletzt geändert am 25.03.2021, Art. 35 Satz 2 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) und § 65 Satz 1 der Zuständigkeitsverordnung (ZustV) folgende

Allgemeinverfügung:

1. In Ziffer 4 der Allgemeinverfügung zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grund anhaltend hoher Infektionszahlen (Weitergehende Maskenpflicht im Landkreis Fürstenfeldbruck) vom 08.03.2021, wird die Angabe „29.03.2021“ durch die Angabe „19.04.2021“ ersetzt.
2. Diese Allgemeinverfügung tritt mit Wirkung ab dem 30.03.2021 in Kraft.

Gründe:

Seit Erlass der Allgemeinverfügung zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grund anhaltend hoher Infektionszahlen (Weitergehende Maskenpflicht im Landkreis Fürstenfeldbruck) vom 08.03.2021, hat sich das Infektionsgeschehen im Landkreis Fürstenfeldbruck wieder verschlechtert und die Sieben-Tages-Inzidenz hat den Signalwert von 100 pro 100 000 Einwohnern wieder überschritten. Mit Stand 29.03.2021 beträgt die vom Robert-Koch-Institut (RKI) veröffentlichte Sieben-Tages-Inzidenz für Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 im Landkreis Fürstenfeldbruck 108,1. Aktuell beträgt die Sieben-Tages-Inzidenz nach Berechnung des örtlichen Gesundheitsamts 101,36 (Stand: 28.03.2021, 14:00 Uhr). Das Infektionsgeschehen ist weiterhin nicht lokal eingrenzbar, sondern es handelt sich um ein über den gesamten Landkreis verteiltes, unspezifisches Ausbruchsgeschehen. Ebenso schreitet die Ausbreitung der Virusmutationen in Bayern immer schneller voran. Die durch Allgemeinverfügung vom 08.03.2021 getroffenen Maßnahmen sind deshalb weiterhin geeignet, erforderlich und angemessen und sind bis 19.04.2021 zu verlängern.

Im Übrigen wird auf die Begründung zur Allgemeinverfügung vom 08.03.2021 verwiesen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann **innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage** beim

Bayerischen Verwaltungsgericht München
Postfachanschrift: Postfach 200 543, 80005 München
Hausanschrift: Bayerstr. 30, 80335 München

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten.

Bekanntmachungen des Landratsamtes

Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren in dem hier betroffenen Rechtsbereich abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.
- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen. Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).
- Kraft Bundesrechts ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Rechtsbehelfe gegen diese Allgemeinverfügung haben wegen der kraft Gesetz festgelegten sofortigen Vollziehung keine aufschiebende Wirkung. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung kann beim Bayer. Verwaltungsgericht München, Bayerstr. 30, 80335 München (schriftlich: Postfach 200 543, 80005 München) beantragt werden.

Fürstenfeldbruck, 29.03.2021

Reigl
Verwaltungsdirektorin

Thomas Karmasin
Landrat